

Antrag

**der Abgeordneten Deniz Celik, Sabine Boeddinghaus, Dr. Carola Ensslen,
Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya,
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 22/3719

Betr.: Keine Prüfaufträge: Finanzierung des Drob Inn verstetigen

Nicht erst seit der Corona-Pandemie sind niedrigschwellige Kontakt- und Beratungsangebote für Drogenkonsumenten/-innen, wie die Substitutionsambulanz des Drob Inn, von enormer Bedeutung. Gleichwohl hat die Pandemie die Situation vieler Konsumenten/-innen allein dadurch verschärft, dass viele Einrichtungen ihre Angebote aufgrund der aktuell geltenden Hygiene- und Abstandsregeln einschränken mussten. Die finanzielle Verstärkung von Überlebenshilfen für Drogenkonsumenten/-innen in der Pandemie, insbesondere für Menschen, die über keinen gesicherten Aufenthaltsstatus und Krankenversicherungsschutz verfügen und ansonsten keinen Zugang zu Angeboten des Regelsystems haben, sind deshalb zwingend notwendig. Um das Angebot – trotz Corona-Pandemie und der hierfür nötigen Hygienestandards – aufrechterhalten zu können, entstehen der Einrichtung beziehungsweise dem Träger erhebliche finanzielle Mehrbedarfe. Für diese coronabedingten Mehrbedarfe hat der Träger Jugendhilfe e.V. kürzlich eine Finanzierungszusage bis Ende September 2021 erhalten. Das im Antrag von SPD und GRÜNEN formulierte Ziel einer Finanzierung über das Frühjahr hinaus bis zum Ende des Jahres 2021 zu ermöglichen, ist also durchaus ehrenwert, hat aber einen Fehler im Detail. In der Regel erfolgen Bewilligungen für Zuwendungen an die Träger der Drogen- und Suchthilfe noch im laufenden Jahr, sodass keine Finanzierungslücken entstehen und eine nachhaltige Personalplanung möglich ist. Der Antrag der Regierungsfractionen sieht hingegen zunächst eine Prüfung des pandemieunabhängigen Bedarfes vor. Diese Prüfung soll bis zum Ende des Jahres erfolgen und der Bürgerschaft bis dahin ein entsprechender Bericht vorgelegt werden. Dieses Vorgehen provoziert nicht nur Probleme bei der Personalplanung, sondern außerdem mögliche Kettenbefristungen der Mitarbeitenden und eine Finanzierungslücke von mehreren Monaten. Dass der Bedarf niedrigschwelliger Angebote für Drogenkonsumierende auch über die Pandemie hinaus besteht, ist unbestritten. Hierfür benötigt es keine Prüfung, sondern die konsequente Finanzierung dieser Hilfen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Finanzierung der Substitutionsambulanz des Drob Inn zu verstetigen und auch über den 30.09.2021 hinaus sicherzustellen,
2. die Finanzierung des Programms im Haushaltsplan 2021/2022 zu berücksichtigen.